



iran-report

Nr. 11/2005

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Neues Zentrum im Gefüge der Staatsmacht / Demonstration gegen Todesurteil / Bericht der internationalen Liga für Menschenrechte über Iran / Gandji mehrmals von Geheimdienstlern zusammengeschlagen / Wieder Unterdrückungswelle gegen Journalisten

II. Wirtschaft

Deutsche Wirtschaft fürchtet Sanktionen gegen Iran / Gasexport in die Türkei vorübergehend eingestellt / Mehr als 45 Milliarden Dollar Einnahmen aus dem Ölexport / Staatliche Banken sollen Börse retten / Benzin soll rationiert werden / Iran im internationalen Korruptionsbericht an 93. Stelle / Iran eine Gefahr für Aktivisten der Arbeiterbewegung

III. Außenpolitik

Ahmadinedschad: Israel muss „von der Landkarte getilgt werden“ / Welt-sicherheitsrat verurteilt Irans Drohungen gegen Israel / Reaktionen des Auslands auf Äußerungen Ahmadinedschads / Rice und Chirac drohen Iran mit Sicherheitsrat - Kritik wegen Irak / Rice und Lawrow über das iranische Atomprogramm nicht einig / Vorschlag Südafrikas zur Lösung des Atomkonflikts / Sunday Telegraph: Nordkoreanische Raketen mit russischer Hilfe nach Iran / Resolution des Europaparlaments über Atomkonflikt und Menschenrechte / Verbale Attacken und Vorwürfe zwischen London und Teheran / Deutsches Magazin: Hochrangige Al-Kaida-Mitglieder in Iran geduldet / Anklageschrift gegen Saddam Hussein vorgelegt

Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung.

Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.

Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 12/2005 Anfang Dezember) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im November 2005

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Heinrich-Böll-Stiftung

lorenz@boell.de

Fax: 030-285 34 - 494

Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

4. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel: 030-285 34 - 0

Fax: 030-285 34 - 109

Email info@boell.de

www.boell.de



I. Innenpolitik

Neues Zentrum im Gefüge der Staatsmacht

Die „Versammlung zur Feststellung der Staatsraison“, kurz „Schlichtungsrat“ genannt, hat eine erstaunliche Aufwertung erfahren. Der Rat ist nun offiziell dazu befugt, die drei Gewalten Exekutive, Judikative und Legislative zu kontrollieren. Er hat, wie der Ratssekretär Mohsen Rezai sagte, „das letzte Wort“. Das bedeutet, dass er jede Entscheidung des Parlaments, der Justiz oder auch der Regierung aufheben und außer Kraft setzen kann.

Betrachtet man das Gefüge der Staatsmacht, steht an oberster Stelle der Revolutionsführer, der mit nahezu uneingeschränkter Macht ausgestattet ist. Ihm folgt der „Schlichtungsrat“ als Kontrollorgan der drei Gewalten. Ihm zur Seite steht der Wächterrat, ohne dessen Zustimmung kein Beschluss des Parlaments Gültigkeit erhält. Zu erwähnen ist, dass sowohl die Mitglieder des „Schlichtungsrats“ wie mehrheitlich die Mitglieder des Wächterrats nicht etwa vom Volk gewählt, sondern vom Revolutionsführer ernannt werden. Dasselbe gilt für den Chef der Justiz sowie für die Führung der Streitkräfte. Aus dieser Machtkonstellation wird ersichtlich, mit wie wenig Macht das vom Volk gewählte Parlament und die Regierung ausgestattet sind. Zumal kein Bewerber für das Parlament oder für den Posten des Staatspräsidenten für diese Ämter kandidieren kann, bevor er nicht vom Wächterrat akzeptiert worden ist. Es ist schon absurd, dass dieses System immer noch die Bezeichnung „Republik“ trägt.

Dem „Schlichtungsrat“ steht der frühere Staatspräsident Haschemi Rafsandjani vor, einer der mächtigsten Männer des Gottestaates. Rafsandjani hatte bei den letzten Parlamentswahlen kandidiert und war bei der Stichwahl gegen Ahmadinedschad entgegen der allgemeinen Erwartung gescheitert. Nun steht er mächtiger denn je da und ist dazu befugt, dem neuen Präsidenten den Weg zu weisen und ihm Vorschriften zu machen.

Die Frage ist, warum diese Aufwertung des Schlichtungsrats bzw. Rafsandjanis gerade jetzt so kurz nach den Präsidentschaftswahlen erfolgt ist. Zwar e-

xistierte schon seit geraumer Zeit eine Satzung des Schlichtungsrats, in der auch die neue Funktion festgelegt war. Aber erst jetzt hat Revolutionsführer Chamenei dieser Satzung seine Zustimmung erteilt. Manche Beobachter sind der Meinung, dass es Rafsandjani war, der ihm die Einwilligung aufgezungen hat. Andere hingegen sind der Ansicht, dass Chamenei mit diesem Schritt den Übereifer des neu gewählten Präsidenten, der zu den Radikallamisten gehört, zügeln wollte. Vermutlich ist auch ihm bekannt, dass eine Teilung der Macht für den Herrscher besser ist als deren Konzentration.

Wie und warum auch immer die Aufwertung des Schlichtungsrats zustande gekommen ist, eines ist sicher, sie wird die ohnehin geringe Handlungsfähigkeit des Regimes weiterhin verringern. Mit einer Exekutive, die keine Macht hat, einem Parlament, das für seine Entscheidungen der Zustimmung eines anderen Gremiums bedarf, einer Justiz, die vom Willen des Revolutionsführers abhängig ist, und einer Vielzahl von Instanzen, die sich gegenseitig blockieren und einem Volk gegenüber stehen, dessen Willen kaum zum Zug kommen kann, ist kein Staat zu machen. An dieser Machtkonstellation war bereits Chatami, der zumindest in den ersten Jahren seiner Amtszeit die Unterstützung der Mehrheit des Volkes genoss, gescheitert. Wie soll nun Ahmadinedschad, der außenpolitisch völlig ahnungslos ist, innenpolitisch lediglich über eine zweijährige Erfahrung als Bürgermeister von Teheran verfügt und dessen radikalislamistische Vorstellungen um Jahrhunderte von der Realität entfernt liegen, das Land weiterentwickeln und aus den innen- und außenpolitischen Krisen, in denen es zurzeit steckt, herausholen? Sein Scheitern ist vorgeplant. Kaum drei Monate im Amt, hat er mit seiner Rede auf der UN-Vollversammlung und seinen Verbalattacken gegen Israel mehr Unheil angerichtet, als befürchtet. Es ist schwer vorauszusagen, ob es ihm gelingen wird, sich vier Jahre lang an der Macht zu halten.

Demonstration gegen Todesurteil

Mehrere Tausend Menschen haben am 26. Oktober in der Stadt Mahabad (Provinz Kurdistan) an einer Protestdemonstration teilgenommen. Anlass zu der spontanen Demonstration war das Todesurteil gegen einen jungen Mann kurdischer Abstammung, dem vorgeworfen wurde, einen Polizeioffizier getötet zu haben. Schon seit



Monaten verzeichnet die Provinz Kurdistan Unruhen und zum Teil gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen der kurdischen Bevölkerung und den Ordnungskräften. Der Reporter Sohrab Scharifi sagte in einem Gespräch mit dem persischsprachigen Sender Radio Farda, die Demonstration müsse als Fortsetzung der Unruhen, die seit Monaten andauern, betrachtet werden. Begonnen hätten die Unruhen mit dem Tod von Said Ghaderi, der während einer friedlichen Demonstration von der Polizei getötet wurde. Nach diesem Ereignis soll ein junger Mann einen Polizeioffizier mit einem Messer angegriffen haben, werde behauptet. Doch die Behauptung sei umstritten. Als Beweis für die Tat gelte ein Messer, das der junge Mann bei seiner Festnahme in der Tasche getragen habe. Die Nachricht von dem Todesurteil habe sich rasch in der Stadt verbreitet und mehrere Tausend Menschen auf die Straße getrieben. Es sei zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen.

Bericht der internationalen Liga für Menschenrechte über Iran

Die Internationale Liga für Menschenrechte hat einen Bericht über die Situation der Menschenrechte in Iran in den letzten drei Monaten vorgelegt. Darin wird die im Juli stattgefundene Präsidentschaftswahl kritisiert. Das Vorgehen des Wächterrats, die Aussagen einiger Präsidentschaftskandidaten über Wahlmanipulationen und insbesondere die Erklärung eines Mitglieds der Staatsführung, er werde gegen eindeutige Wahlfälschungen keine Anzeige erstatten, weil er wisse, dass dies zu keinem Ergebnis führen werde, mache deutlich, dass die iranische Justiz nicht unabhängig sei.

Auch die jüngsten Vorgänge in der Provinz Kurdistan seien ein Indiz für die Verletzung der Menschenrechte in Iran. Der Bericht erwähnt den Fall Abdolfattah Soltanis. Der Rechtsanwalt, Vorstandsmitglied des Anwaltvereins und einer der Gründer des Vereins zur Verteidigung der Menschenrechte, sei vor drei Monaten auf Anordnung der Staatsanwaltschaft verhaftet und in das Eviner Gefängnis in Teheran gebracht worden. Seitdem werde seinen Anwälten nicht gestattet, ihn zu besuchen. Zwei Tage nach seiner Verhaftung habe die Justiz öffentlich erklärt, er sei als

Spion für ausländische Geheimdienste tätig gewesen. Eine solche Vorverurteilung widerspreche dem Recht und sei strafbar.

Die Internationale Liga für Menschenrechte verweist auf das allgemeingültige Recht der freien Meinungsäußerung und fordert die Aufhebung der Verbote, die in den letzten Jahren gegen Zeitungen und Zeitschriften verhängt wurden. Auch die Journalisten, die sich noch im Gefängnis befinden, sollen unverzüglich und ohne Auflagen freigelassen werden. Namentlich werden die Journalistin Roja Tolui und die Journalisten Hadi Ahmadi, Djalal Ghawami, Said und Masud Bastani und Ramin Salmani genannt. Es sei höchst bedenklich, dass einigen Journalisten der „Kampf gegen Gott“ vorgeworfen werde, worauf die Todesstrafe stehe.

Gandji mehrmals von Geheimdienstlern zusammengeschlagen

Während einer Iran-Debatte im EU-Parlament am 12. Oktober richtete die Abgeordnete der Grünen und Vorsitzende der Iran-Gruppe, Angelika Beer, das Wort direkt an die offiziellen Vertreter der iranischen Regierung, die auf der Tribüne saßen. „Geben Sie uns Klarheit darüber, ob Akbar Gandji noch lebt. Sorgen Sie dafür, dass Gandji sofort und bedingungslos freigelassen wird.“ Beer beklagte, dass seit der Wahl von Präsident Ahmadineschad der Menschenrechtsdialog mit Teheran ausgesetzt sei und sich die Lage der Menschenrechte verschlechtert habe.

Auch der Europa-Minister der britischen Regierung, Douglas Alexander, forderte Gandjis Freilassung. Die britische Ratspräsidentschaft habe seit ihrem Amtsantritt vor drei Monaten mehrmals bei der iranischen Regierung wegen schwerer und andauernder Menschenrechtsverletzungen interveniert, sagte der Minister. Er kritisierte besonders Todesurteile gegen Angeklagte, die jünger als 18 Jahre sind: „In einigen abscheulichen Fällen“ seien Minderjährige hingerichtet worden.

Der populäre Journalist Akbar Gandji, der sich wegen seiner kritischen Artikel und Bücher gegen die islamische Staatsführung seit mehr als fünf Jahren in Haft befindet, wurde nach einer kurzfristigen Behandlung in einem staatlichen Krankenhaus Ende August wieder ins Gefängnis gebracht. Vor



seiner Einlieferung ins Krankenhaus hatte Gandji, der schon seit Jahren unter schwerem Asthma und starken Rückenschmerzen leidet, mit einem unerbittlichen Hungerstreik gegen die unerträglichen Haftbedingungen protestiert und seine bedingungslose Freilassung verlangt. Nach siebzig Tagen Streik war sein Leben stark gefährdet. Internationale Menschenrechtsorganisationen und einflussreiche Persönlichkeiten, darunter UN-Generalsekretär Kofi Annan, forderten seine Freilassung. Auch im Iran selbst wurden die Proteste immer lauter. Um dem ohnehin schlechten Ruf Irans nicht noch mehr zu schaden, versprach die Justiz, Gandji bald freizulassen, wenn er seinen Hungerstreik beenden würde. Dem stimmte Gandji zu. Aber als die Ärzte nach einigen Tagen seinen Gesundheitszustand als „wieder normal“ bezeichneten, wurde er statt nach Hause erneut ins Gefängnis gebracht.

Wochenlang gab es keinerlei Informationen über ihn. Weder seine Familie noch seine Anwälte durften ihn besuchen. Seine Frau, Masumeh Schafi-i, erklärte am 12. Oktober in einem an die „internationale Organisationen der Menschenrechte“ gerichteten Schreiben, ihr Mann befinde sich in Einzelhaft und habe Besuchsverbot. Sie sei äußerst besorgt.

Wenige Tage später nahm Sohrab Soleimani, der Direktor der Teheraner Gefängnisse, zum Fall Gandji Stellung. Der Journalist befinde sich in der „medizinischen Isolationsabteilung“ des Eviner Gefängnisses in Teheran und werde „physiotherapeutisch behandelt“. Sein Allgemeinbefinden sei „sehr gut“. Weshalb er aber keine Besuche empfangen und nicht einmal mit seiner Familie telefonieren darf und warum er sich in der „Isolationsabteilung“ aufhalten muss, sagte Soleimani nicht.

Erst am 17. Oktober, nach 52 Tagen Besuchsverbot, durfte Gandji seine Frau, seine Mutter und seinen Anwalt, Jussef Molai, im Gefängnis empfangen. Am 26. Oktober schilderte Frau Schafi-i in einem offenen Brief, in welchem Zustand sie ihren Mann vorgefunden hat. „Er sah abgemagert und erschlagen aus, mit langem Bart und langen, ungekämmten Haaren“, schreibt sie. Er habe ihr erzählt, dass ihn zwei Tage nach ihrem letzten Besuch im Krankenhaus (am 26. August) eine Spezialtruppe von Geheimdienstlern aufgesucht habe. Sie habe ihn aufgefordert, schriftlich sein

„Manifest“, das er aus dem Gefängnis heraus publiziert hatte, ebenso wie die Briefe, die er an den Geistlichen Ayatollah Montazeri und den Religionswissenschaftler Abdolkarim Sorousch geschrieben hatte, zu widerrufen. Er habe sich geweigert. Danach sollte er wenigstens schriftlich erklären, dass er, sollte er aus dem Gefängnis entlassen werden, schweigen und keinerlei Verbindung zur Presse aufnehmen werde. Als er auch dieser Aufforderung nicht nachkam, sei die Truppe über ihn hergefallen und habe ihn am selben Tag dreimal zusammengeschlagen. „Er blutete schwer, seine Hand war stark verletzt, dennoch haben sie seinen Kopf mehrmals gegen die Bettkante geschlagen“, berichtet Schafi-i. „Einige Tage später brachten sie ihn mit nach hinten gebundenen Händen in ein Auto und renkten ihm dabei eine Schulter aus. Obwohl er unerträgliche Schmerzen hatte, brachten sie ihn nicht ins Krankenhaus, sondern steckten ihn in eine Einzelzelle im Eviner Gefängnis.“

Ziel der Justiz ist offenbar, Gandjis Widerstand zu brechen und die Rolle, die er inzwischen als eine Symbolfigur im Kampf für Freiheit und Demokratie spielt, zu zerstören. Ob dies gelingt, hängt nicht zuletzt davon ab, wie stark der Druck auch aus dem Ausland auf das Regime in Teheran sein wird.

Unterdrückungswelle gegen Journalisten

Nach einem Sonderbericht des iranischen Internetdienstes „Rooz“ sind in jüngster Zeit einige Journalisten, unter denen sich auch Vorstandsmitglieder des Journalistenverbands befinden, zum Geheimdienst bestellt worden. Sie seien unter Druck gesetzt worden, sich selbst politischer und moralischer Vergehen zu bezichtigen.

„Soweit es uns bekannt ist, sind bisher sechs Journalisten einbestellt worden“, berichtet „Rooz“. Sie wurden entweder bedroht oder zur Mitarbeit aufgefordert. Während einige höflich behandelt wurden, wurden andere beschimpft und beleidigt. „Offenbar handelte sich bei den Einbestellungen um ein breit angelegtes Projekt des Geheimdienstes zur Einschüchterung der Aktivitäten der Journalisten“, meint „Rooz“. Unter den Einbestellten befänden sich keine bekannten Journalisten. Anscheinend wolle man von unten beginnen und zunächst solche Journalisten unter Druck setzen, die kaum die Mög-



lichkeit haben, eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen. Die Einbestellten seien gewarnt worden, mit niemandem über die Angelegenheit zu reden. Daher nimmt „Rooz“ an, dass deren Zahl weit höher liegt als die bekannten sechs Journalisten.

Darüber hinaus gibt es weitere Versuche, Journalisten einzuschüchtern und sie von kritischen Äußerungen abzuhalten. Auf einer Internetseite mit dem Namen „Sepahe Eslam“ (Das Heer des Islam) sind Namen von 210 Journalisten aufgeführt, die nach Meinung der Autoren „hingerichtet gehören“.

Nach den verbalen Attacken des iranischen Staatspräsidenten gegen Israel äußerten sich Vertreter der deutschen Wirtschaft besorgt darüber, dass etwaige Sanktionen gegen Iran die deutsch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen empfindlich treffen könnten.

„Die Äußerungen des iranischen Präsidenten sind nicht dazu geeignet, drohende UN-Sanktionen abzuwenden“, sagte der Nahost-Experte der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), Jochen Clausnitzer. „Es liegt auf der Hand, dass dies nicht ohne Auswirkungen auf die Wirtschaft bleibt“, betonte Jens Nagel vom Außenhandelsverband BGA. Sollte es zu Sanktionen kommen, würde dies deutsche Unternehmen empfindlich treffen. „Bei einem Wirtschaftsembargo würde für deutsche Unternehmen der wichtigste Markt im Mittleren und Nahen Osten wegbrechen“, sagte Clausnitzer. Aber auch gezielte Sanktionen, wie eine Unterbrechung der Benzinlieferung in das Land, das trotz hoher Ölvorkommen auf Benzinimport angewiesen sei, könnten sich negativ auf deutsche Projekte auswirken.

Die deutsch-iranischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen befinden sich seit einigen Jahren im Aufwind. Für die deutsche Wirtschaft ist Iran der wichtigste Markt im gesamten Nahen und Mittleren Osten. 2004 lieferte Deutschland in das Öl produzierende Land Waren im Wert von über 3,5 Milliarden Euro. Im Vergleich zum Jahr 2000 war dies eine Verdopplung und - verglichen mit dem Vorjahr - ein Zuwachs um ein Drittel. Für 2005 hat die DIHK erneut einen deutlichen Anstieg deutscher Exporte nach Iran auf einen Wert von bis zu 4,5 Milliarden Euro prognostiziert, sofern keine Sanktionen verhängt werden.

Auch die iranischen Lieferungen nach Deutschland nahmen im vergangenen Jahr um 35 Prozent zu. Deutschland ist traditionell einer der wichtigsten Wirtschaftspartner Irans im westlichen Ausland. Zu den großen deutschen Unternehmen, die sich in Iran engagieren, gehören der Industriegas-Spezialist Linde, der Nutzfahrzeughersteller MAN und der Technologiekonzern Siemens, der unter anderem im iranischen Mobilfunksektor tätig ist. Linde hatte zuletzt einen Großauftrag aus Iran zum Bau einer Petrochemie-Anlage am Persischen Golf erhalten.

II. Wirtschaft

Deutsche Wirtschaft fürchtet Sanktionen gegen Iran

**Gasexport in die Türkei vorübergehend eingestellt**

Nach Angaben der iranischen Regierung wurde der Gasexport in die Türkei am 3. Oktober vorübergehend eingestellt. Er soll bald wieder aufgenommen werden.

Dies bestätigte auch der Generaldirektor der Nationalen Erdgasgesellschaft, Abdolhossein Samari, gegenüber der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA. Die Einstellung begründete er mit einer Detonation der Gaspipeline auf türkischem Territorium. Er hoffe, dass die Pipeline bald repariert und die Lieferung wieder aufgenommen werden könne, sagte Samari.

Die türkische Regierung bestätigte den Vorfall. Die Detonation sei durch ein Leck in der Pipeline verursacht worden, wurde der Presse mitgeteilt.

Türkei und Iran haben 1996 einen Vertrag über eine 25jährige Gaslieferung abgeschlossen. Vor vier Jahren hat Iran mit dem Export begonnen. Gemäß dem Vertrag sollte Iran bis 2002 jährlich 3 Milliarden Kubikmeter Gas in die Türkei liefern und innerhalb der folgenden fünf Jahre die Lieferung auf jährlich zehn Milliarden Kubikmeter steigern. In diesem Jahr wird die Lieferung die Höhe von vier Milliarden erreichen.

Insgesamt hat Iran bisher 8,5 Milliarden Kubikmeter Gas durch die Pipeline an die Türkei geliefert. Es ist nicht bekannt, ob die Gaslieferung inzwischen wieder aufgenommen worden ist.

Mehr als 45 Milliarden Dollar Einnahmen aus dem Ölexport

Unter Berufung auf den Economist berichtet die studentische Nachrichtenagentur ISNA, dass die Einnahmen Irans aus dem Ölexport für das Jahr 2005 die Höhe von 50,359 Milliarden Dollar erreichen werden. Diese werden sich nach Einschätzung von Experten im Jahr 2006 auf 46,492 verringern. Die Tagesproduktion wird für das Jahr 2005 auf 3,932 Millionen Barrel und für 2006 auf 3,940 Millionen Barrel geschätzt.

Nach einem Bericht der Zeitschrift Eghtesad-e Iran wird die Inflationsrate im laufenden Jahr 17,5 Prozent und im nächsten Jahr 17,3 Prozent betragen. Der Export von Waren und Dienst-

leistungen wird 2005 den Wert von 57,2 Milliarden Dollar und der Import 42,3 Milliarden Dollar erreichen. 2006 wird Iran Waren und Dienstleistungen im Wert von 54,5 Milliarden Dollar exportieren und für 46 Milliarden Dollar Waren und Dienstleistungen importieren.

Irans Auslandsschulden werden für das Jahr 2005 17,7 Milliarden und für 2006 19,1 Milliarden Dollar betragen.

Staatliche Banken sollen Börse retten

Leitende Funktionäre des iranischen Börsenmarkts sollen die staatlichen Banken gebeten haben, dem weiteren Sturz der Aktien Einhalt zu bieten. Bereits zuvor hatte die Regierung die großen Stiftungen, die einen Teil der iranischen Wirtschaft kontrollieren, zu größerem Engagement an der Börse aufgefordert.

Schon vor den Präsidentschaftswahlen im Juli hatte eine gewisse Talfahrt der iranischen Börse begonnen. Nach dem Sieg des Radikalismlisten Mahmud Ahmadinedschad und der daraus folgenden Verschärfung des Konflikts mit den EU-Staaten und den USA um das iranische Atomprogramm hatten die Aktionäre massenweise begonnen, ihre Aktien zu verkaufen, und damit den Sturz der Börse herbeigeführt.

Ahmadinedschad und seine Anhänger sind der Meinung, dass diese Entwicklung auf die „Aktivitäten ausländischer und inländischer Feinde der neuen Regierung“, die die Staatsführung schwächen und künstliche Krisen herbeiführen wollen, zurückzuführen sei.

Nun sollen die staatlichen Banken Abhilfe leisten. Omid Ghaemi, Leiter des Aufsichtsrats der Börse, berichtete ISNA gegenüber, Investoren und Großaktionären seien um Unterstützung gebeten worden. Man habe sie aufgefordert, die „Schlangen vor ihren Schaltern aufzulösen“.

Wenige Wochen nach Ahmadinedschads Wahl zum Staatspräsidenten tauchte auch der Vorschlag auf, die Börse vorübergehend gänzlich zu schließen. Doch dieser Vorschlag wurde von den Verantwortlichen abgelehnt. Ihrer Meinung nach würde eine Schließung noch größeren Schaden bringen.



Da die Nachfrage nach Aktien so tief wie noch nie gesunken ist, befindet sich die Teheraner Börse in einer Krise. In den letzten Jahren hatten im Allgemeinen die Aktien einen enormen Aufstieg erlebt, so dass die Börse sich zu einem großen Kapitalmarkt entwickelt hatte. Experten sind der Meinung, dass eine Intervention von außen schwere Schäden für die iranische Wirtschaft zur Folge haben könnte. Der Finanzexperte Professor Bijan Bidabad meinte gegenüber der BBC, sollten die staatlichen Banken sich in die Börse einmischen, würden sie eher auf ihre eigenen Interessen achten als auf die Interessen der Börse. Er schlug seinerseits vor, dass der Staat direkt eingreifen und statt der Rückzahlung seiner Schulden an die Zentralbank der Bank Staatsaktien geben sollte. Dadurch würde die Zentralbank in der Lage sein, die Börse zu kontrollieren und zu koordinieren.

Benzin soll rationiert werden

Die Regierung hat dem Parlament eine Gesetzesvorlage vorgelegt, wonach ab der zweiten Hälfte des laufenden persischen Kalenderjahres (November) das Benzin zu zwei verschiedenen Preisen verkauft werden soll. Da diese Vorlage im Widerspruch zum 4. Entwicklungsplan steht, wurde sie zunächst vom Parlament zurückgewiesen, damit sie mit dem Entwicklungsplan in Einklang gebracht wird.

In der Regierungsvorlage wird das Parlament aufgefordert, seine Zustimmung zu einer Subvention für importiertes Benzin in Höhe von 2,670 Milliarden Dollar zu erteilen. Sollte das Parlament dem Vorhaben zustimmen, werde ab nächstem Jahr (21. März 2006) das Benzin zu zwei unterschiedlichen Preisen verkauft werden. Demnach werden die Verbraucher einen Teil ihres Benzinbedarfs zu subventionierten Preisen erhalten, den Rest müssten sie auf dem freien Markt kaufen.

Der Plan zur Rationierung des subventionierten Benzins war bereits während der Regierungszeit Chatamis entstanden. Damals konnte er jedoch, nach Aussagen der Verantwortlichen, aus technischen Gründen nicht realisiert werden.

Zurzeit kostet ein Liter Benzin 80 Tuman (umgerechnet etwa 5 Cent), obwohl der reale Preis zwischen 15 und 20

Cent liegt. Der Grund für diesen Preisunterschied liegt darin, dass Iran, das zweitgrößte Exportland unter den OPEC-Ländern, ein Drittel seines Benzinbedarfs einführen muss. Das Land verbraucht täglich 65 bis 70 Millionen Liter Benzin. Nach Einschätzung von Experten wird sich der Verbrauch in den nächsten fünf Jahren auf 100 Millionen Liter pro Tag erhöhen. Gegenwärtig werden rund 40 Millionen Liter des Verbrauchs im Inland produziert.

Zwar hat der Staat in den letzten Jahren geringe Summen in die Erhöhung der Benzinproduktion investiert, aber selbst diese Investition konnte nach Aussage des früheren Ölministers Bijan Zangeneh keinen nennenswerten Erfolg bringen, weil „die Raffinerien unwirtschaftlich gewesen sind“.

Iran hat in den vergangenen eineinhalb Jahren zur Deckung des Inlandsbedarfs fast vier Milliarden Dollar für den Benzinimport ausgegeben. Die Gesetzesvorlage soll eine Entlastung des Staatshaushalts bringen. Es hat in den vergangenen Jahren immer wieder Überlegungen gegeben, das Benzin zu seinem tatsächlichen Preis zu verkaufen. Aber keine Regierung hat aus Furcht vor inflationären und sozialen Folgen einen solchen Schritt gewagt.

Iran im internationalen Korruptionsbericht an 93. Stelle

Im diesjährigen Korruptionsbericht, in dem über das Ausmaß der staatlichen Korruption in 159 Ländern berichtet wird, liegt Iran an 93. Stelle. Im Jahresbericht für das Jahr 2004 lag Iran noch an 88. Stelle.

Der Korruptionsjahresbericht wird von zehn international renommierten Forschungsinstituten erstellt. Dabei werden zum einen das Ausmaß der staatlichen Korruption und zum anderen die Stärke des Kampfes gegen die Korruption in einzelnen Ländern untersucht. Hierfür gibt es Noten von eins bis zehn, wobei die Note zehn für den effektivsten Kampf gegen Korruption vergeben wird. Iran erhielt in diesem Jahr die Note 2,9. Am besten unter den 195 Ländern schnitt Finnland mit der Note von 9,7 ab, gefolgt von Neuseeland. Das Schlusslicht bilden Tschad, Bangladesch und Turkmenistan. 117 Länder lagen unter der Note fünf.

Iran eine Gefahr für Aktivisten der Arbeiterbewegung

Die in Brüssel ansässige internationale Konföderation freier Arbeitergewerkschaften rechnet Iran neben Ländern wie Kolumbien, China, Haiti, Nigeria, Philippinen, Türkei, Venezuela und Zimbabwe zu jenen Ländern, die für Aktivisten in den Arbeitergewerkschaften gefährlich seien.

Die Organisation wurde 1994 gegründet, sie wird von 234 Arbeitergewerkschaften aus 154 Ländern getragen und umfasst damit 154 Millionen Mitglieder. Aus dem Jahresbericht der Organisation geht hervor, dass im Allgemeinen Aktivitäten in den Gewerkschaften im Vergleich zu den Vorjahren gefährlicher geworden sind. In Kolumbien zum Beispiel seien innerhalb eines Jahres 99 gewerkschaftlich aktive Arbeiter getötet und mehrere Hundert mit dem Tode bedroht worden.

Laut dem Bericht der Konföderation wurden in Iran in diesem Jahr vier Gewerkschaftsmitglieder getötet und Dutzende eingekerkert. Es habe auch zahlreiche Hausdurchsuchungen und Folterungen gegeben. Namentlich wird Mahmud Salehi erwähnt, einer der führenden Gewerkschaftler in Iran, der mehrfach Sanktionen ausgesetzt wurde. Ihm und sechs seiner Kollegen wird vorgeworfen, mit verbotenen linken Gruppen kooperiert zu haben. Die Organisation zeigt sich besorgt, dass Salehi möglicherweise zum Tode verurteilt wird.

Salehi, der als Sekretär der Bäcker-gewerkschaft in der Stadt Saghez im iranischen Kurdistan tätig ist, wurde mehrmals im Zusammenhang mit Protestdemonstrationen verhaftet. Zurzeit lebt er gegen eine Kautions-Freiheit und wartet auf das Urteil des Revolutionsgerichts, das demnächst gefällt werden soll. Er wurde im vergangenen Jahr am 1. Mai wegen der Teilnahme an einer unerlaubten Demonstration verhaftet. Die Staatsanwaltschaft beschuldigte ihn, mit zwei verbotenen Organisationen, Kumala und der Kommunistischen Partei der Arbeiter, sympathisiert, gegen die Sicherheit des Landes verstoßen und durch Verteilung von Flugblättern öffentlichen Aufruhr gestiftet zu haben. Nach Aussagen von Salehis Anwalt, Mohammad Scharif, habe Salehi jahrelang wegen der Mitgliedschaft in der Organisation Kumala im Gefängnis gesessen und damit seine Strafe verbüßt. Danach habe er keiner-

lei Verbindung mehr zu Kumala aufgenommen. Zwar habe die Organisation vom Ausland aus die Demonstration am 1. Mai begrüßt, was jedoch nicht als Beweis für eine Verbindung zwischen Salehi und ihr gelten könne.

In Iran gibt es faktisch keine selbständigen Gewerkschaften. Die bestehenden Gewerkschaften stehen unter der Kontrolle der Regierung. Jeder Versuch einer selbständigen Politik und jeder Versuch, den Staat zu kritisieren und die Arbeiter für die Durchsetzung ihrer Interessen zu mobilisieren, wird hart bestraft.

III. Außenpolitik

Ahmadinedschad: Israel muss „von der Landkarte getilgt werden“



Irans jüngst gewählter Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad hat öffentlich die Auslöschung Israels gefordert und damit weltweit einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Während einer Rede auf einer Konferenz mit dem Titel „Die Welt ohne Zionismus“ sagte Ahmadinedschad am 26. Oktober in Teheran: „Wie es der Imam (Ayatollah Chomeini) gesagt hat, muss Israel von der Landkarte getilgt werden“. „Der Imam hatte die Ausrottung Israels prophezeit, genauso wie er das Ende des Ostblocks und Saddam Husseins prophezeit hatte.“ Mit Gottes Hilfe werde dies „durch kontinuierliche Weisheit der Palästinenser bald realisiert werden“. Die Schaffung des „zionistischen Regimes“ sei eine gegen die islamische Welt gerichtete Tat des „Unterdrückers der Welt“ gewesen. „Die islamische Gemeinschaft wird es dem historischen Feind nicht erlauben, in seinem Stammland zu leben“, fuhr Ahmadinedschad fort.

Als die rund 4000 anwesenden Studenten den Präsidenten mit dem Ruf „Tod für Israel“ begrüßten, forderte er sie auf, noch lauter zu rufen. „Die Gefechte im besetzten Land“ seien Teil eines „Schicksalskrieges“, sagte er. Der Ausgang von hundert Jahren Krieg werde auf palästinensischem Land entschieden. Ahmadinedschad warnte andere islamische Regierungen vor der Anerkennung Israels. Wer solche Verträge unterzeichne, „unterschreibt die Kapitulation der moslemischen Welt.“ Den Nahost-Konflikt bezeichnete der Präsident als „Schlacht zwischen dem Welt-Imperialismus und der heiligen Front der islamischen Welt“.

Ungeachtet der weltweiten Proteste bekräftigte Ahmadinedschad seine Äußerungen zwei Tage später auf einer Massenkundgebung in Teheran, die jedes Jahr seit der Machtübernahme Chomeinis am letzten Freitag des Fastenmonats stattfindet. Der Tag, der der Bekundung der Solidarität mit dem palästinensischen Volk dient, wird als „Al-Kuds“ (der Name von Jerusalem auf Arabisch) bezeichnet.

Ahmadinedschad und die meisten Mitglieder seines Kabinetts waren bei der staatlich organisierten Demonstration, an der mehrere Hunderttausend Menschen teilgenommen hatten, anwesend. Es wurden israelische und amerikanische Flaggen verbrannt und Parolen wie „Nieder mit Israel“ und „Tod den USA“ skandiert.

Ahmadinedschad bezeichnete seine Äußerungen gegen Israel als „angemessen“. „Sie (im Westen) können natürlich sagen, was sie wollen, aber ihre Worte sind unglaublich“, sagte er am Ende der Kundgebung zu der weltweiten Empörung über seinen Aufruf, den „Schandfleck Israel aus der islamischen Welt zu tilgen“. „Ich habe gesagt, was das iranische Volk sagt“, zitierte ihn die Nachrichtenagentur IRNA weiter.

Der Chef des iranischen Sicherheitsrats, Ali Laridjani, warf dem Westen vor, die Äußerungen zu nutzen, um im Atomstreit mit Iran seine Position zu stärken. „Der Westen nutzt das aus, um eine Verbindung zum Atomstreit zu ziehen“, sagte er.

Außenminister Manuchehr Mottaki unterstützte im staatlichen Fernsehen die Äußerungen seines Regierungschefs. „Wir erkennen das zionistische Regime nicht an und betrachten es nicht als legitim“, sagte er. Die Äußerungen Ahmadinedschads seien „die erklärte Politik der Islamischen Republik Iran“.

Indes versuchten einflussreiche Geistliche, die Wogen zu glätten. Der frühere Präsident Akbar Haschemi Rafsandjani, einer der mächtigsten Männer des Gottesstaates, der bei den letzten Präsidentschaftswahlen gegen Ahmadinedschad unterlag, betonte in seiner Freitagspredigt in Teheran, Iran respektiere sowohl Juden als auch das Judentum. „Wir haben keine Probleme mit Juden und dem hoch geschätzten Judentum als Buchreligion.“

Politische Beobachter in Teheran äußern die Meinung, dass innerpolitische Machtkämpfe die eigentliche Ursache für das radikale Auftreten Ahmadinedschads seien. Seine Rivalen hätten den politisch völlig unerfahrenen Präsidenten auf Glatteis geführt und ihn zu diesen Äußerungen getrieben. Tatsächlich scheint die öffentliche Provokation in Anbetracht der Schwierigkeiten, in denen Teheran wegen des Atomkonflikts steckt, völlig abwegig. Zwar besteht über die ideologische Feindschaft der Radikalislamisten, zu denen auch Ahmadinedschad gehört, gegen den israelischen Staat kein Zweifel. Dennoch hat sich die iranische Staatsführung in den letzten Jahren offiziell weit zurückhaltender geäußert. Nun weiß man nicht, wie Iran aus diesem Dilemma, das der Präsident angerichtet hat, herauskommen wird.



Weltsicherheitsrat verurteilt Irans Drohungen gegen Israel

Der Weltsicherheitsrat hat die Drohung des iranischen Staatspräsidenten Ahmadinedschad, Israel „von der Landkarte tilgen“ zu wollen, am 29. Oktober verurteilt. In einer kurzen Stellungnahme ermahnte der amtierende Ratspräsident Mihnea Ioan Motoc (Rumänien) alle UN-Mitgliedstaaten, Drohungen gegen die territoriale und politische Unabhängigkeit anderer Länder zu unterlassen. Mit dem Format einer Presseerklärung wählte der Sicherheitsrat die schwächste seiner Ausdrucksmöglichkeiten. Zu den gewichtigeren gehören Präsidenterklärungen und Resolutionen. Dennoch zeigte sich Israels UN-Botschafter Dan Gillerman zufrieden. Er begrüßte die Verurteilung von Ahmadinedschads „abscheulichen Worten“ vor Journalisten. Gillerman ermahnte die iranische Regierung, die Verurteilung durch das höchste UN-Entscheidungsorgan ernst zu nehmen.

Nach der Verurteilung durch den UN-Sicherheitsrat hat Iran den Aufruf Ahmadinedschads relativiert. „Iran fühlt sich der UN-Charta verpflichtet“, hieß es in einer Erklärung des Außenministeriums in Teheran. So habe Iran auch nicht die Absicht, Israel anzugreifen. Die Islamische Republik werde jedoch die Palästinenser unterstützen, egal welchen Weg sie zur Lösung des Nahost-Konflikts einschlagen. Die Erklärung widersprach nicht ausdrücklich Ahmadinedschad.

Reaktionen des Auslands auf die Äuße- rungen Ahmadinedschads

Der stellvertretende israelische Ministerpräsident Schimon Peres forderte einen Tag nach der Rede Ahmadinedschads den Ausschluss Irans aus der UNO. In einem offenen Brief an Regierungschef Ariel Scharon schrieb er, Ahmadinedschads Aufruf „verstößt gegen die Charta der Vereinten Nationen und kommt einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit gleich. Es ist unvorstellbar, dass jemand an der Spitze eines UN-Mitgliedstaates steht, der zum Völkermord aufruft“. Israels Außenminister Silvan Schalom nannte es einen „Alptraum für die internationale Gemeinschaft“, wenn das „extreme Regime“ in Teheran in den Besitz der Atombombe gelangen würde. Auch Minis-

terpräsident Ariel Scharon forderte den Ausschluss Irans aus der UNO.

Doch diese Forderung fand nicht einmal in Washington eine Unterstützung. Iran sei Mitglied der UN, sagte US-Amtssprecher Sean McCormack. „Wir sollten Iran stattdessen dazu ermuntern, sich in verantwortlicher Weise als Mitglied der internationalen Gemeinschaft zu verhalten.“

UN-Generalsekretär Kofi Annan äußerte sich bestürzt über die Äußerungen Ahmadinedschads. Auf seiner bevorstehenden Reise nach Teheran werde Annan das Existenzrecht aller Staaten im Nahen und Mittleren Osten in den Mittelpunkt stellen, sagte sein Sprecher Stephane Dujarric. Wer die UN-Charta unterzeichnet habe, sei auch die Verpflichtung eingegangen, anderen Staaten nicht mit Gewalt zu drohen, hieß es in einer in New York veröffentlichten Erklärung Annans. Der UN-Generalsekretär nimmt nur in seltenen Fällen derart deutlich Stellung zu Erklärungen von Mitgliedstaaten.

Die chinesische Regierung schloss sich der Kritik an den Äußerungen des iranischen Regierungschefs an. Solche Erklärungen schürten die Spannungen im Nahen Osten und beunruhigten China, hieß es in einer Verlautbarung des Außenministeriums in Peking. Außerdem verstoße sie gegen die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen.

„Sollten diese Aussagen tatsächlich so gefallen sein, sind sie völlig unakzeptabel und auf das Schärfste zu verurteilen“, sagte der Sprecher des Auswärtigen Amtes in Berlin, Walter Linder. Frankreichs Außenminister Philippe Douste-Blazy bestellte den iranischen Botschafter in Paris ein. Der Diplomat solle Ahmadinedschads Äußerungen „erklären“. Die Forderung des iranischen Staatschefs, Israel von der Landkarte zu tilgen, sei „ein neues und wichtiges Element, dem Rechnung getragen werden muss“, sagte der französische Außenamtssprecher Jean-Baptiste Mattéi in Paris. Niemand könne so tun, als seien diese Worte nicht gefallen. Die drei EU-Länder, die im Atom-Streit mit Teheran verhandeln, würden deshalb über „Konsequenzen“ sprechen. Auch innerhalb der gesamten EU und mit Vertretern der internationalen Gemeinschaft würden dazu Gespräche geführt. Mattéi berichtete, dass Irans Botschafter in Paris die Äußerungen Ahmadinedschads im Grunde bestätigt, „a-



ber bis zur Stunde noch keine überzeugende Erklärung geliefert" habe.

Ahmadinedschads Äußerungen seien „nicht hinnehmbar“ und ein Argument mehr, um den Streit um das iranische Atomprogramm vor den UN-Sicherheitsrat zu bringen, sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow. Der iranische Botschafter in Moskau sei ins Außenministerium einbestellt worden, sagte Lawrow laut der Nachrichtenagentur RIA-Nowosti. Moskau war bislang gegen die Einschaltung des UN-Sicherheitsrats im Konflikt um den iranischen Atomkonflikt und hat stets das Recht Teherans auf eine friedliche Nutzung der Atomenergie unterstützt.

Die erste Reaktion Irans auf die weltweite Empörung war ein recht zaghafter Gegenangriff. Teheran warf den Europäern „Gleichgültigkeit gegenüber den zionistischen Verbrechen“ vor. Die iranischen Botschafter in den westlichen Hauptstädten seien angewiesen worden, den Protest der Islamischen Republik gegen die „Gleichgültigkeit der europäischen Regierungen angesichts der Unterdrückung der Palästinenser und der Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten“ zu übermitteln, meldete die amtliche Nachrichtenagentur IRNA unter Berufung auf das Außenministerium in Teheran. „Die bedingungslose Unterstützung für das zionistische Regime macht die Lage im Nahen Osten noch komplizierter“, hieß es weiter.

Rice und Chirac drohen Iran mit Sicherheitsrat - Kritik wegen Irak

Die USA und Frankreich haben Iran dringend zu Verhandlungen über sein Atomprogramm aufgerufen und gedroht, den Fall vor den UN-Sicherheitsrat zu bringen. „Die Perspektive eines mit Atomwaffen ausgerüsteten Irans ist unannehmbar“, erklärten US-Außenministerin Condoleezza Rice und Präsident Jacques Chirac nach Angaben des Elyséepalastes am 14. Oktober in Paris. Chirac bekräftigte aber, „dass man auf dem von Deutschland, Großbritannien und Frankreich in enger Abstimmung mit Russland eingeschlagenen Weg des Dialogs fortfahren“ müsse. Iran müsse die Uran-Anreicherung aufgeben.

In einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Außenminister Philippe Douste-Blazy warnte Rice Teheran zudem vor

einer Unterstützung der Aufständischen im Irak. „Iran sollte sich als guter Nachbar des Irak verhalten“ sagte Rice. Sie verwies auf einen Bericht des britischen Boulevardblattes „Sun“, demzufolge die islamischen Revolutionsgarden irakische Aufständische im Bombenbau ausbildeten. Douste-Blazy erklärte lediglich, Paris sei über die soziale Entwicklung und die Sicherheitslage im Irak besorgt.

Rice rief Teheran im Atomstreit auf, Vertrauen in seine Absichten zu schaffen. „Die internationale Gemeinschaft hat keinen Grund darauf zu vertrauen, dass die Iraner verantwortungsvoll mit dem Atombrennstoffzyklus umgehen werden“, sagte Rice. „Kern des Problems ist der Brennstoffkreislauf.“ Douste-Blazy sagte: „Wir müssen die Option des Sicherheitsrats glaubwürdig machen.“

Rice und Lawrow über das iranische Atomprogramm nicht einig

Im Streit um das iranische Atomprogramm herrscht zwischen Russland und den USA nach wie vor keine Einigkeit. Bei einem Kurzbesuch seiner US-Kollegin Condoleezza Rice, die aus Paris kommend am 15. Oktober in Moskau eintraf, sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow, Iran habe wie jedes andere Land, das dem Atomsperrvertrag beigetreten sei, das Recht auf eine friedlich Nutzung der Atomenergie. Es gebe keine Beweise dafür, dass Teheran versuche, sich Nuklearwaffen zu verschaffen. Rice sagte dagegen, der Nichtverbreitungsvertrag beinhalte nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Es gehe nicht um Rechte, sondern darum, ob Iran zu trauen sei.

Wenige Stunden vor dem Treffen hatte der US-Botschafter bei den Vereinten Nationen, John Bolton, Iran scharf angegriffen. „Ich glaube, dass die Iraner schon seit etwa 18 Jahren ein Atomwaffenprogramm verfolgen“, sagte er dem britischen Rundfunksender BBC während eines Besuchs in London. „Sie haben verheimlicht und getäuscht, und sie haben auch früher schon Drohungen ausgesprochen.“ Die eigentliche Frage sei, „ob die internationale Gemeinschaft ein Iran hinnehmen wird, das die Vertragsvereinbarungen unter dem Nichtverbreitungsvertrag verletzt, das über sein Programm Lügen verbreitet und das möglicherweise raketenfähige Atomwaffen auch an Terroristen verkaufen kann“.



Vorschlag Südafrikas zur Lösung des Atomkonflikts

Nachdem die Verhandlungen über das iranische Atomprogramm zwischen Iran und den drei EU-Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien in die Sackgasse geraten waren, trat Südafrika erneut mit einem Lösungsvorschlag auf. Demnach soll das verwandelte Uran aus Isfahan in Südafrika angereichert und der so hergestellte Brennstoff wieder nach Iran zurückgebracht werden. Neu ist der Vorschlag nicht. Doch er wurde nach dem Scheitern der Verhandlungen wieder aktuell. Das erste grüne Licht gab der Leiter der iranischen Atombehörde, Gholamreza Aghazadeh, der kurz vor der Verabschiedung der Resolution gegen Iran durch den IAEA-Gouverneursrat sagte, ihm sei nicht verständlich, wozu eine Resolution, in der die Einschaltung des UNSicherheitsrats gefordert wird, dienen soll, wenn zwei wichtige Vorschläge, der des iranischen Staatspräsidenten und der Südafrikas, auf dem Tisch liegen und möglicherweise zu einer Lösung des Konflikts führen könnten.

Auch Ali Laridjani, Generalsekretär des iranischen Sicherheitsrats und Verhandlungsführer bei den Atomgesprächen sagte in den letzten Wochen wiederholt, es gebe mehrere Vorschläge. Ohne diese zu bewerten, sei Teheran zu Fortsetzung der Verhandlungen bereit.

Konkreter äußerte sich der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrats Mohammadi: „Der Vorschlag Südafrikas gewinnt dann an Bedeutung, wenn wir ernsthaft über die Inbetriebnahme der Anlage in Natanz diskutieren“, sagte er. In Natanz wird das in Isfahan verarbeitete Uran angereichert. Die Frage sei dann, wie lange die Diskussion darüber dauern könnte, erläuterte Mohammadi. Man könne für diese eine Übergangslösung vereinbaren. „Wenn wir zum Beispiel für die Verhandlungen sechs bis acht Monaten brauchen würden, könnte man für diese Zeit das in Isfahan verarbeitete Uran zur Anreicherung nach Südafrika bringen. „Wir werden unser Programm zur friedlichen Nutzung der Atomenergie unter vollständiger Aufsicht der IAEA durchführen und sind dabei gerne bereit, ausländische Staaten oder Unternehmen an Teilen dieses Programms zu beteiligen. Wir haben nicht vor, unseren ganzen Bedarf an atomarem Brennstoff selbst

zu decken. Aber wir werden auch nicht auf die Möglichkeit und Fähigkeit verzichten, den Brennstoff eigenständig zu produzieren.“

Mohammadi sagte, es gäbe bei den Verhandlungen keine Krise. „Wir befinden uns im Augenblick in einer kalten Zone. Die ungünstige Vorgehensweise der Europäer hat nationale Emotionen entfacht. Doch die Verantwortlichen versuchen diese Emotionen, soweit wie möglich, in Schranken und unter Kontrolle zu halten.“ Der Vorschlag Ahmadedschads auf der UN-Vollversammlung, ausländische Staaten und Unternehmen an Irans Nuklearplänen zu beteiligen, gewähre die höchste Sicherheit, um das Atomprogramm zu kontrollieren. Diese Initiative müsse besser erläutert werden. Die Anlage in Isfahan arbeite nun unter der Aufsicht der Behörde. Iran werde um keinen Preis auf sein Recht, die Atomenergie friedlich zu nutzen, verzichten. Dazu gehöre auch die Anreicherung des Urans. Die Fortsetzung der Verhandlungen setze die Akzeptanz dieses Rechts voraus, sagte Mohammadi.

Der amerikanische Vizeaußenminister Niklaus Burns, der am 11. Oktober nach Brüssel reiste, um mit der EU das weitere Vorgehen im iranischen Atomkonflikt abzusprechen, sagte vor seiner Reise, die USA unterstützen die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Iran und der EU. Auf die Frage, wie er den Vorschlag Südafrikas einschätze, sagte er, er kenne den Vorschlag nicht. Aber selbst Staaten, die sich wie Südafrika bei der Abstimmung über die Resolution gegen Iran enthalten hätten, seien dagegen, dass Iran die Urananreicherung wieder aufnimmt. „Unser Ziel ist, Iran zur Wiederaufnahme der Verhandlungen und dauerhafter Aussetzung der Urananreicherung zu zwingen.“ Der Betrieb in Isfahan müsse wieder stillgelegt werden.

Burns begrüßte die Resolution des IAEA-Gouverneursrats und meinte, sie zeige, dass die meisten Ratsmitglieder über das iranische Atomprogramm besorgt seien. Er sagte, bei den diplomatischen Aktivitäten Washingtons stehe Iran zurzeit an erster Stelle. Die Haltung der neu gewählten Regierung in Teheran sei besorgniserregend, denn sie vertrete die Position, dass sie das Recht habe, Atombrennstoffe herzustellen. Dies habe Präsident Ahmadedschad während seiner Rede bei der UN-Vollversammlung dreimal wiederholt.



„Wir sagen, dass jede mögliche Lösung den dauerhaften und endgültigen Verzicht Irans auf Urananreicherung voraussetzt“, betonte Burns. Er verwies auf das iranische Atomprogramm, das nach seiner Meinung den Bau von Atombomben zum Ziel habe und sprach davon, dass Iran den internationalen Terrorismus unterstütze. „Dies bereitet nicht nur uns, sondern auch unseren Verbündeten in Europa und Asien große Sorgen“, sagte Burns.

Sunday Telegraph: Nordkoreanische Raketen mit russischer Hilfe nach Iran

Iran hat dem Sunday Telegraph zufolge mit russischer Hilfe brisante Raketentechnologie aus Nordkorea erhalten. Im Rahmen eines millionenschweren Abkommens zwischen Pjöngjang und Teheran aus dem Jahr 2003 hätten russische Ex-Militärs als Mittelsmänner fungiert, berichtete die Zeitung unter Berufung auf westliche Geheimdienstkreise. Iran habe dadurch regelmäßig Schiffsladungen mit hochgeheimer Raketentechnologie erhalten. Die Waffen könnten auch mit Atomsprengköpfen bestückt werden, berichtete das Blatt weiter. Sie hätten eine Reichweite von rund 3500 Kilometern und könnten damit europäische Städte treffen.

Resolution des Europaparlaments über Atomkonflikt und Menschenrechte

Das Europaparlament in Brüssel hat am 13. Oktober in einer Resolution Iran aufgefordert, umgehend die Atomgespräche wieder aufzunehmen und unverzüglich auf alle gegen jugendliche Straffällige verhängten Todesstrafen zu verzichten.

In der Resolution heißt es unter anderem, das europäische Parlament fordere Iran auf, umgehend die Gespräche mit den drei EU-Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien (EU-3) „in gutem Glauben, ohne Nötigung und Drohungen wieder aufzunehmen“. Die Abgeordneten unterstreichen zugleich die wichtige Rolle der Internationalen Atombehörde (IAEA) und fordern diese dringend auf, ihre Kontroll- und Inspektionskapazitäten zu nutzen. Iran müsse diesbezüglich umfassend mit den IAEA-Inspektoren zusammenarbeiten.

In der angenommenen Entschließung unterstützen die Abgeordneten nachdrücklich die Bemühungen der EU-3 um eine

Verhandlungslösung im Nuklearstreit mit Iran. Die US-Regierung wird aufgefordert, diese Verhandlungen aktiv zu unterstützen, „indem sie Iran Sicherheitsgarantien liefern“. Das Parlament begrüßt auch die Erklärung des britischen Außenministers und EU-Repräsentanten Jack Straw, dass „weder die USA noch Europa Militärationen gegen Iran wegen seines strittigen Atomprogramms in Erwägung zögen, da sich das Problem dadurch nicht lösen ließe“.

Iran wird dringend aufgefordert, alle seine Aktivitäten zur Anreicherung von Uran, auch durch Tests oder Produktion in der Urankonversionsanlage in Isfahan, vollständig und nachhaltig aussetzen. Auch solle Iran die Errichtung eines Schwerwasser-Forschungsreaktors überdenken. Das Europäische Parlament bringt damit ebenso wie der IAEA-Gouverneursrat sein fehlendes Vertrauen darin zum Ausdruck, „dass das Atomprogramm Irans ausschließlich friedlichen Zwecken dient“.

Dennoch ist das Parlament der Ansicht, dass Iran ein Recht auf Entwicklung eines Atomprogramms hat und unterstützt die Vorschläge der EU für die Zusammenarbeit mit Iran auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Die Abgeordneten unterstreichen diesbezüglich die Bedeutung einer Zusammenarbeit mit den USA, Russland, China und den blockfreien Staaten zwecks Prüfung ergänzender Konzepte (wie des südafrikanischen Vorschlags) für die Erzielung eines umfassenden Abkommens mit Iran über seine Nuklearanlagen und deren Nutzung. Dabei müsse auch den Sicherheitsinteressen Irans Rechnung getragen werden.

Die Abgeordneten bedauern die doppelten Standards, die für Atomwaffen- und Nicht-Atomwaffenstaaten zugrunde gelegt werden und denen nur glaubwürdige Schritte zu einer atomaren Abrüstung entgegenwirken können. Sie fordern die EU auf, die Führungsrolle bei der Auflösung der derzeitigen Blockade bezüglich der atomaren Abrüstungsverhandlungen zu übernehmen.

Mit Blick auf die Menschenrechtssituation in Iran verurteilt das Parlament entschieden die Todesurteile gegen jugendliche Straftäter und fordert Iran auf, unverzüglich auf alle gegen jugendliche Straffällige verhängten Todesstrafen zu verzichten.



Auch kritisieren die Abgeordneten die Behandlung von Minderheiten wie den Kurden sowie willkürliche Festnahmen von Journalisten und Restriktionen gegen die Medien. Journalisten, die wegen presse- und meinungsbezogener Straftaten verfolgt oder verurteilt wurden, müssen unverzüglich freigelassen werden.

Verbale Attacken und Vorwürfe zwischen London und Teheran

Justizminister Djamal Karimi Rad gab am 22. Oktober im staatlichen Fernsehen bekannt, dass dreißig Personen im Zusammenhang mit den jüngsten Bombenlegungen in der im Südosten gelegenen Stadt Ahwas festgenommen worden seien. Diese Personen seien im Besitz von zahlreichen Waffen und Sprengsätzen gewesen.

Er bezeichnete die Personen als Agenten des Auslands. Sie hätten weitere Bombenlegungen in anderen Städten geplant.

Eine Woche zuvor waren im Bazar der Stadt Ahwas zwei Bomben detoniert. Dabei hatte es sechs Tote und mehr als hundert Verletzte gegeben. Drei Tage später erklärte die Polizei, sie habe in Ahwas unter einer Brücke, die den Namen „Dialog der Kulturen“ trägt, eine schwere, handgefertigte Bombe entdeckt, die sie habe rechtzeitig entschärfen können. Ferner habe sie acht Minen, ein Kilogramm TNT, eine Granate und mehrere Zünder sichergestellt. Nach dieser Erklärung der Polizei gab das Informationsministerium die Festnahme von mehr als zwanzig Personen bekannt. Namen wurden nicht genannt. Man wolle zunächst weitere Untersuchungen abwarten, sagte der Sprecher des Ministeriums. Noch sei nicht klar, welche Gruppe oder Gruppen für die Bombenlegungen verantwortlich seien.

Justizminister Karimi sagte nicht, ob sich die Hauptverdächtigen unter den Festgenommenen befinden. Auch das Innenministerium verzichtete auf nähere Informationen und begnügte sich lediglich mit der Behauptung, die Täter seien „außerhalb der Landesgrenzen“ ausgebildet worden und ihre Waffen stammten aus dem Ausland.

Bereits am 12. Juni waren im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen in Ahwas vier Bomben detoniert. Dabei waren sieben Personen, darunter ein Kind,

getötet und Dutzende verletzt worden. Auch damals behauptete das Innenministerium, die Attentäter seien ausgebildete Terroristen gewesen, die aus dem Ausland Unterstützung erhalten hätten. Die von ihnen angewendete Technik sei dieselbe, die der irakische Geheimdienst unter Saddam Hussein benutzt habe.

Demgegenüber vertrat Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad die Ansicht, die Attentate seien von Briten initiiert worden. „Wir haben einen starken Verdacht, dass die Spuren der Terroristen zu den Engländern führen“, sagte er bei einer Kabinettsitzung am 17. Oktober. Auch Justizchef Haschemi Schahrudi äußerte sich ähnlich: „Hinter diesen Verbrechen steckt eine verderbliche ausländische Macht, die mit Hilfe von Terroristen in Iran dieselbe Situation erzeugen will, wie wir sie im Irak vorfinden.“

Nach diesen Stellungnahmen wurde der Botschafter Großbritanniens ins Außenministerium einbestellt. Dabei ging es auch um die Vorwürfe, die London einige Tage zuvor gegen Iran erhoben hatte. Britische Regierungsbeamte hatten, Medienberichten zufolge, Iran vorgeworfen, irakische Attentäter in speziellen Trainingslagern auszubilden. Eine Eliteeinheit der iranischen Armee, die Revolutionäre Garde, habe Mitgliedern einer radikalen irakischen Schiiten-Miliz den Bau von Sprengsätzen beigebracht, berichtete die britische Tageszeitung „Daily Mirror“ am 12. Oktober unter Berufung auf nicht näher genannte Verteidigungskreise. Diese Sprengsätze könnten an Straßen gelegt und ferngezündet werden. Ziel solcher Anschläge seien häufig britische Soldaten, die den mehrheitlich schiitischen Süden des Iraks kontrollieren. „Es gibt Beweise dafür, dass es solche Trainingslager in Iran, im Libanon und möglicherweise in Syrien gibt“, sagte ein Vertreter aus dem Verteidigungsbereich der Zeitung. „Bis zu zehn Iraker werden gemeinsam unterrichtet, die dann nach ihrer Rückkehr weitere 50 Gleichgesinnte ausbilden.“

Damit konkretisierte Großbritannien seinen bislang allgemein geäußerten Verdacht gegen Iran. Premierminister Tony Blair hatte zuvor erklärt, es gebe Hinweise darauf, dass die Technik für Sprengsätze mit Unterstützung Irans in den Irak gelange.



Iraks Botschafter in Teheran, Mohammad Scheich, wies Londons Vorwürfe zurück. „Es gibt keine Einmischung Irans in Form von Waffenschmuggel in den Irak. Es gibt nur Personen, die inoffiziell und illegal in den Irak kommen.“ Zurzeit gäbe es rund 1 300 iranische Staatsangehörige, die sich in irakischen Gefängnissen befinden. 98 Prozent von ihnen seien als Pilger eingereist. „Iran hat das irakische Volk großzügig unterstützt“, sagte der Botschafter. „Dafür sind wir dankbar. Diese Hilfen entsprechen unseren Erwartungen von einem befreundeten Nachbarstaat.“

Deutsches Magazin: Hochrangige Al-Kaida-Mitglieder in Iran geduldet

Etwa 25 hochrangige Al-Kaida-Mitglieder würden in Teheran und Umgebung wohnen, berichtete das Magazin „Cicero“ ohne Nennung von Quellen. Darunter befänden sich auch drei Söhne des Al-Kaida-Chefs Osama bin Laden. Organisatoren und Ideologen des Dschihad (Heiliger Krieg) aus Ägypten, Usbekistan, Saudi-Arabien und Europa lebten in Häusern der iranischen Elitetruppen Revolutionäre Garden. Auch der Al-Kaida-Sprecher Abu Ghaith genieße iranischen Schutz.

„Das ist keine Haft oder kein Hausarrest“ wird in dem Beitrag ein hochrangiger westlicher Geheimdienstmitarbeiter zitiert. Die Al-Kaida-Mitglieder könnten schalten und walten, wie sie wollten. Der Geheimdienst der Revolutionären Garden biete der Al-Kaida-Spitze auch logistische Unterstützung und militärisches Training.

Der Autor des Beitrags ist Bruno Schirra. Vor einigen Wochen hatten Ermittler dessen Wohnung und die Redaktionsräume des Magazins wegen eines Artikels über Al-Kaida durchsucht. Auslöser war eine Anzeige des Bundeskriminalamts wegen des Verdachts auf Geheimnisverrat nach einem Artikel Schirras im „Cicero“. Der Journalist hatte darin über den Anführer der Extremistenorganisation Al-Kaida im Irak, Abu Mussab al-Sakuri, berichtet und aus vertraulichen Akten des BKA zitiert.

Anklageschrift gegen Saddam Hussein vorgelegt

Iran hat das Gericht gegen Saddam Hussein aufgefordert, ihn auch wegen des Einsatzes von Chemiewaffen anzuklagen. Justizminister Karimi Rad gab bekannt, dass die Staatsanwaltschaft unter Einbeziehung zahlreicher iranischer Staatsbürger eine Anklageschrift gegen den frühen Staatspräsident Iraks, Saddam Hussein, erstellt und der irakischen Justiz in Bagdad übergeben habe.

Bisher sind unter den zwölf Anklagepunkten, die im Prozess gegen Saddam Hussein behandelt werden sollen, der Angriff auf Iran und der Einsatz von Chemiewaffen nicht aufgeführt. Aus Bagdad liegt bis dato keine Stellungnahme zu der Forderung Teherans vor. Wie Karimi Rad erklärte, verlangt Teheran in der vorgelegten Anklageschrift, die genaue Zahlen von Kriegstoten und Kriegsverletzten enthält, Saddam wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzuklagen. Er fügte hinzu, die Frage der Entschädigungen und Kriegsreparationen solle zu einem späteren Zeitpunkt behandelt werden.